Ä1 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 39 bis 41:
Religionszugehörigkeit und Herkunft bekannt gegeben wurde, was zu einem Aufschrei gegen Muslime*as und Migrant*innen geführt hat. Ein Interesse der Öffentlichkeit ist hier zum Schutz von Personen, die sonst auch unter besagten

Ä2 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 38 bis 43:
identifiziert und bereits festgenommen wurden, trotzdem allerdings die Religionszugehörigkeit und Herkunft bekannt gegeben wurde, was ~~zu einem Aufschrei gegen Muslime und Migrant*innen geführt hat. Ein Interesse der Öffentlichkeit ist hier zum Schutz von Personen, die sonst auch unter besagten Generalverdacht gestellt werden würden, zu vernachlässigen.~~in der letzten Zeit beispielsweise zu einem Aufschrei gegen Muslime und Migrant*innen geführt hat. Das Interesse der Öffentlichkeit ist hier zum Schutz dieser und anderer Personengruppen zurückzustellen. Wir fordern zudem, dass zukünftig auch Anzeigenblätter und ähnliche Veröffentlichungen unter den

Begründung

Zu vernachlässigen ist das Interesse, bzw die Neugier der Bevölkerung nicht, denn sie ist enorm. Dennoch ist sie zurückzustellen. Zudem würde ich auch auf andere gefährdete Personengruppen hinweisen, heute sind es "die Muslime", morgen "die Russen".

Ä3 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 32 bis 36:
Zugehörigkeit sowie die Konfession und Erkrankungen, darunter auch psychische Gesundheit. ~~Im Ausnahmefall von konkreten Fahndungen nach Täter*innen, werden durch die Veröffentlichung nur populistisch gegen die Gesamtheit von Personen mit den gleichen Eigenschaften vorgegangen, die in der Folge~~ Durch die Veröffentlichung dieser Angaben besteht die Gefahr, dass die Gesamtheit der Personen mit den gleichen Eigenschaften von der Gesellschaft unter Generalverdacht gestellt werden. Insbesondere fällt das im

Begründung

Der Satz ist in der Originalversion schwer verständlich. Da es sich hier um eine wichige Begründung für die Forderung handelt, ist diese Korrektur sinnvoll.

Ä4 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 48 bis 50:
Jugendliche trotz Verbote an die gesperrten Medien gelangen können, dafür der Kauf für Erwachsene allerdings erschwert wird. Zudem sind die Maßstäbe sowohl für Verbote als auch Zulassungen willkürlich gewählt. Kritische Inhalte ~~sollen eher~~, etwa Volksverhetzung, müssen strafrechtlich verfolgt ~~werden~~, statt ohne weiteren Folgen gesperrt werden.

Begründung

Ein erschwerter Kauf ist m. E. ein zu schwaches Argument.

Ä5 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:
Den neuen Unirahmenvertrag, der etwa eine Einzelmeldung aller von Dozierenden digitalisierten Seminartexte vorsieht, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar ab. Dieser würde zu einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand führen, den die

Begründung

Diese Erklärung ist für einen für alle verständlichen Antrag nötig.

Ä6 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 142 bis 144:
erkennen, dass zwar zahlreiche Vertreter*innen der christlichen Kirchen Sitze im Rundfunkrat haben, jedoch eine angemessene Vertretung ~~für Muslim*innen völlig~~anderer Glaubensrichtungen fehlt. Auch sind die einzigen beiden Vertreterinnen von Frauenorganisationen Vertreterinnen

Begründung

Muslim*as herauszugreifen ist willkürlich.

Ä7 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 177 bis 196:
In ~~einer Forschungsdokumentation des Bayerischen Rundfunks wird klar gezeigt, dass in~~ den meisten ~~Sendungen für~~Fernsehsendungen, sowohlfür Kinder als auch Erwachsene, werden ungesunde Körper- und nicht-gleichwertige Geschlechtsbilder vermittelt werden. Besonders die Darstellung von Frauen und Mädchen ~~in diesen Sendungen~~ ist schon auf rein anatomische Weise unrealistisch und fördert ~~ungesundes Verhalten wie Essstörungen schon bei jungen Mädchen~~Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper und Essstörungen. Auch die Darstellung der Charaktereigenschaften ist stark zu kritisieren~~, da hier~~:Hier werden konservative Rollenbilder vermittelt ~~werden, die somit schon bei Kindern gefestigt werden, aber auch bei älteren Menschen,~~und durch die regelmäßige Wiederholung in den Medien~~,~~ gefestigt ~~werden~~. Um eine emanzipierte und gleichberechtigte Gesellschaft zu schaffen, ist es jedoch notwendig, eben diese Rollenbilder aufzubrechen~~ und die Rolle~~. Die Rolle, die die Medien hierbei spielen, ist eine ganz elementare, da sie als Vervielfältigungs- und Verbreitungsmöglichkeit dienen. Deshalb fordern wir, die bereits vorhandenen Bemühungen des Bayerischen Rundfunks, ~~Gender Mainstreaming~~verschschiedene Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen, noch weiter zu verstärken und konsequent umzusetzen. Dies ~~wu~~wrde unter anderem durch die~~,~~ bereits geforderte~~,~~ verstärkte Vertretung von Frauen*interessen im Rundfunkrat unterstützt, jedoch reicht das allein nicht aus. Deshalb fordern wir ebenfalls die Einrichtung einer Fachstelle, die sich mit genderspezifischen Angelegenheiten befasst, sowie ~~die in~~dasin Auftrag Geb~~ung~~en von Forschung, zu den Möglichkeiten der konsequenten Durchsetzung von Gleichberechtigung im bayerischen Rundfunk.

Begründung

Nicht nur Kindersendungen sind betroffen. Nicht nur Mädchen und Frauen leiden unter dem Druck und Essstörungen.

Der Begriff "Gender Mainstreaming" ist inzwischen so sehr negativ besetzt, dass ich ihn vermeiden würde.

Ä8 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 168 bis 175:
~~Die momentane Besetzung des bayerischen Rundfunkrates betrachtend, kann festgestellt werden, dass nicht alle großen Religionen angemessen repräsentiert sind. Zwar sind Christentum und Judentum vertreten, das Christentum besonders stark, doch der Islam wird momentan in keiner Weise berücksichtigt. Deshalb fordern wir, die Vertretungen der Religionen wie folgt zu gestalten: Eine Vertreter*in für sowohl die evangelische und die katholische Kirche, ebenfalls eine Vertreter*in der israelitischen Kultusgemeinden sowie eine Vertreter*in des Islams.~~

Die momentane Besetzung des bayerischen Rundfunkrates betrachtend, kann festgestellt werden, dass nicht alle großen Religionen angemessen repräsentiert sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass in Zukunft keine Vertreter*innen von Glaubendgemeinschaften mehr im Rundfunkrat vertreten sind. Dies dient vor allem der Gleichberechtigung, da es nicht umsetzbar ist, alle Glaubensrichtungen, denen die Einwohner*innen Bayerns angehören, im Rundfunkrat zu repräsentieren. Zu diskutieren ist dabei eine Vertretung aus dem Bereich der Ethik oder des Humanismus.

Ä9 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 174 bis 175 einfügen:
eine Vertreter*in der israelitischen Kultusgemeinden sowie eine Vertreter*in des Islams.

Bei allen hier angesprochenen Änderungen der Besetzung des Rundfunkrates soll die ursprüngliche Anzahl von fünfzig Mitgliedern nicht überschritten werden. Zudem ist der Rat mindestens zur Hälfte mit Frauen* zu besetzen.

Begründung

Wären alle Änderungen zusätzlich zu den jetztigen fünfzig Mitgliedern, wäre die Wirkung deutlich abgeschwächt.

Ä10 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Joao Neisinger

Änderungsantrag zu MK1

Von Zeile 47 bis 49 löschen:
jugendgefährdende Medien (BPjM). In der Praxis zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche trotz Verbote an die gesperrten Medien gelangen können, ~~dafür~~ der Kauf für Erwachsene allerdings erschwert wird. Kritische Inhalte sollen eher

Ä1 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Joel Keilhauer

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 293 bis 303:
~~Feiertagsgesetzgebung anpassen~~

~~In Deutschland wenden sich immer mehr Menschen von der christlichen Kirche ab, wechseln zu anderen Religionen oder sind nicht mehr gläubig im Verständnis der großen Weltreligionen. Die Religionsgemeinschaften sind nicht länger repräsentativ für unsere Gesellschaft. Sie ist vielseitig und jede einzelne Person besitzt eigene Vorstellungen und Werte. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern ein Ende der Feiertagsgesetzgebung, die einzelne christliche Kirchen bevorzugt. Die Anzahl an Feiertagen soll gleichbleibend hoch sein. Die Tage, die zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden, sollen durch eine Kommission festgelegt werden und wichtige Ereignisse und Errungenschaften für die Gesamtgesellschaft markieren.~~

Ein guter Grund zu feiern - Feiertage für alle

Einer der wenigen positiven politischen Einflüsse der Kirchen in den letzten Jahrzehnten war das Beharren auf christlich begründeten Feiertagen. Dennoch wenden in Deutschland sich immer mehr Menschen von den christlichen Kirchen ab, wechseln zu anderen Religionen oder sind nicht mehr gläubig im Verständnis der großen Weltreligionen. Die Religionsgemeinschaften sind nicht länger repräsentativ für unsere Gesellschaft. Dies hat vor allem in säkulareren Bundesländern dazu geführt, dass viele christliche Feiertage abgeschafft worden sind.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern ein Ende der Feiertagsgesetzgebung, die einzelne christliche Kirchen bevorzugt und Arbeitnehmer*innen in säkulareren Bundesländern benachteiligt. Wir wollen, dass alle Länder die selben Feiertage im Kalender stehen haben. Hierbei fordern wir zudem, dass die Anzahl bundesweit auf mindestens 25 arbeitsfreie Feiertage im Jahr ansteigt. Die Tage, die zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden, sollen wichtige Ereignisse und Errungenschaften für die Gesamtgesellschaft markieren. Stille Feiertage sollen zudem komplett abgeschafft werden.

Begründung

Viele Bundesländer haben weniger gesetzliche Feiertage als beispielsweise Bayern. Dies liegt unter anderem daran, dass viele Feiertage nicht mehr für nötig befunden wurden, da der gesellschaftliche Einfluss der Kirchen in diesen Ländern gesunken ist und es auch mal eine nicht von der Union geführte Regierung gab. Diese Entwicklung hin zur Trennung von Kirche und Staat ist zu begrüßen, sollte allerdings nicht auf Kosten der Arbeitnehmer*innen in diesen Bundesländern gehen. Daher fordern wir eine bundesweit einheitliche Regelung für Feiertage.

Da "die Anzahl der Feiertage" damit nicht gleichbleibend "hoch" sein kann - was auch alleine in Bayern nicht möglich ist, da auch regionenspezifisch Mariä Himmerfahrt oder das Augsburger Friedensfest arbeitsfreie Feiertage sind, fordern wir eine allgemeine bundesweite Erhöhung auf 25 arbeitsfreie Feiertage.

weiteres erfolgt mündlich.

Ä1ModÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Landesvorstand, Joel Keilhauer
Beschlussdatum: 13.05.2017

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 294 bis 303:
~~In Deutschland~~Der politische Einfluss der Kirche in den letzten Jahrzehnten, hat für ein Bestehen der christlichen Feiertage in Bayern gesorgt. Dennoch wenden in Deutschland sich immer mehr Menschen von ~~der~~den christlichen Kirchen ab, wechseln zu anderen Religion~~en~~ oder sind nicht mehr gläubig im Verständnis der großen Weltreligionen. Die Religionsgemeinschaften sind nicht länger repräsentativ für unsere Gesellschaft. ~~Sie ist vielseitig und jede einzelne Person besitzt eigene Vorstellungen und Werte~~Dies hat vor allem in säkularen Bundesländern dazu geführt, dass viele christliche Feiertage abgeschafft worden sind.[Zeilenumbruch]
Deshalb fordert die ~~GRÜNE JUGEND Bayern~~GJB ein Ende der Feiertagsgesetzgebung, die einzelne christliche Kirchen bevorzugt und Arbeitnehmer*innen in säkularen Bundesländern benachteiligt. ~~Die~~Wir wollen, dass alle Länder die selben Feiertage im Kalender stehen haben. Hierbei fordern wir zudem, dass die Anzahl ~~an Feiertagen soll gleichbleibend hoch sein~~bundesweit auf mindestens 24 arbeitsfreie Feiertage im Jahr ansteigt. Die Tage, die zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden, sollen ~~durch eine Kommission festgelegt werden und~~ wichtige Ereignisse und Errungenschaften für die Gesamtgesellschaft markieren. Stille Feiertage sollen zudem komplett abgeschafft werden.

Ä2 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Jonas Kobinger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 267 bis 269 einfügen:
bevorzugt. Die Kirche genießt allumfassende Vorteile durch ein sogenanntes "Privilegienbündel". Dieses "Privilegienbündel" umfasst beispielsweise einmalige Regelungen was das Arbeitsrecht betrifft. Die vom Staat finanzieren

Ä3 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Joel Keilhauer

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 275 bis 278:
Scheidungen oder fehlender Taufe von Kindern sanktioniert werden. Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des ~~Bereichs~~religiösen Kernbereichs der ~~Verkündigung~~Tätigkeit der Kirchen das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen und so auch die Schaffung von Betriebsräten ermöglichen und ein Streikrecht verankern.

Begründung

Der Begriff des Verkündigungsbereiches wird von der Kirche verwendet um die derzeitigen Verhältnisse zu wahren. So wird gerechtfertigt, dass Angestellte in Krankenhäusern, Kitas, etc. unter den Tendenzschutz fallen. Denn diese gehören laut Arbeitsverträgen der Kirchen auch zum Verkündigungsbereich.

Da wir weg von diesen Verhältnissen wollen, sollten wir nicht das Rechtfertigungs-Vokabular der Kirchen verwenden. Wir wollen dieses Recht auf den religiösen Kernbereich der Kirchen (z. B. Priester*innen/Pfarrer*innen) beschränken.

weiteres erfolgt mündlich

Ä4 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 9 bis 12 löschen:
schaffen, die das Fundament für ein demokratisches und vielfältiges Zusammenleben schafft. ~~Deshalb ist Kultur für uns auch nichts, was in einem Elfenbeinturm stattfindet oder nur für die Oberschicht da ist.~~ Wir gehen von einem Kulturbegriff aus, der alle Gesellschaftsschichten einbezieht und auch

Begründung

Wollen wir wirklich von Schichten der Gesellschaft sprechen? Ich denke dieser Satz kann weggelassen werden ohne die Intension des Antragen zu verändern.

Ä4modÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger / Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 13.05.2017

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 9 bis 12:
schaffen, die das Fundament für ein demokratisches und vielfältiges Zusammenleben schafft. Deshalb ist Kultur für uns auch nichts, was ~~in einem Elfenbeinturm~~exklusiv stattfindet oder nur für ~~die Oberschicht~~bestimmte Schichten da ist. Wir gehen von einem Kulturbegriff aus, der alle Gesellschaftsschichten einbezieht und auch

Ä5 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 25 bis 28:
Ziel misst die GRÜNE JUGEND Bayern dem Denkmalschutz eine wichtige Rolle zu. Gleichzeitig ~~geht~~wird ein Großteil der Mittel des Kulturfonds der bayerischen Staatsregierung für die Instandhaltung ~~bestehender Museen und~~von Monumente ~~drauf~~verwendet . Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass staatliche Ausgaben für den

Von Zeile 30 bis 32:
Fond für den Denkmalschutz geschaffen wird. Darüber sollen nicht nur Großprojekte finanziert werden, sondern Maßnahmen des Denkmalschutzes ~~besonders~~sollen auch im ländlichen Raum gefördert werden. Viele Institutionen zeugen aber davon,

Begründung

Museen können nicht mit Denkmälern gleichgesetzt werden, sie sind etwas lebendiges und gehören sehr wohl zur Kultur.

Ä5modÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger / Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 13.05.2017

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 30 bis 32:
Fond für den Denkmalschutz geschaffen wird. Darüber sollen nicht nur Großprojekte finanziert werden, sondern Maßnahmen des Denkmalschutzes ~~besonders~~sollen auch im ländlichen Raum gefördert werden. Viele Institutionen zeugen aber davon,

Ä6 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 92 bis 94 löschen:
und Auszubildenden pro Monat eine Freikarte für eine Kulturveranstaltung jeder Art erhalten ~~bis ein Bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wurde.~~ Die Künstler*innen und Veranstalter*innen reichen die Freikarte beim Kulturfonds ein

Begründung

Diese Forderung hat unabhängig des BGEs zu gelten. Ein derart hohes BGE, das den Menschen einen unbeschwerten Kulturgenuss ermöglicht, ist in weiter Ferne.

Ä6ModÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger / Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 13.05.2017

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 92 bis 94 einfügen:
und Auszubildenden pro Monat eine Freikarte für eine Kulturveranstaltung jeder Art erhalten bis ein Bedingungsloses Grundeinkommen, welches eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht, eingeführt wurde. Die Künstler*innen und Veranstalter*innen reichen die Freikarte beim Kulturfonds ein

Ä7 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 103 bis 105:
und finanzieller Unterstützung oft gering. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass der ~~Musikunterricht~~Musik- und Kunstunterricht an den Schulen den Auftrag erhält, über die Möglichkeiten finanzieller Unterstützung und die verschiedenen Kulturangebote

Begründung

Bildende Kunst ist auch Kultur.

Ä8 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 152 bis 155:
Es reicht aber nicht nur aus, in allen Regionen ein kulturelles Angebot zu schaffen, es muss auch ~~für~~ alle ~~Gesellschaftsschichten~~Menschen einbeziehen und gleichermaßen ~~ansprechend sein~~ansprechen. Das fängt bereits bei der Mittelvergabe an und der ungleichen Verteilung der Förderung zwischen Frauen und Männern. Wir wollen hingegen die gleichen

Begründung

Die Annahme verschiedender Gesellschaftsschichten mit verschiedenen Interessen ist nicht unproblematisch.

Ä8modÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger / Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 13.05.2017

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 152 bis 155:
Es reicht aber nicht nur aus, in allen Regionen ein kulturelles Angebot zu schaffen, es muss auch ~~für~~ alle ~~Gesellschaftsschichten~~Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, einbeziehen und gleichermaßen ~~ansprechend sein~~ansprechen. Das fängt bereits bei der Mittelvergabe an und der ungleichen Verteilung der Förderung zwischen Frauen und Männern. Wir wollen hingegen die gleichen

Ä9 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 154 bis 156:
sein. Das fängt bereits bei der Mittelvergabe an und der ungleichen Verteilung der Förderung zwischen ~~Frauen~~Männern und Nicht-Männern. Wir wollen hingegen die gleichen Einkommens- und Karrierechancen sowie künstlerische Entwicklungsmöglichkeiten

Begründung

Bipolarität aufbrechen!

Ä10 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 186 bis 192:
Wir streben eine breite Einbeziehung aller bei der Auswahl und der Finanzierung kommunaler Kultur an. Dazu wollen wir einen offenen Kulturhaushalt einführen, der zusammen von den Einwohner*innen und den ~~Gemeinderät*innen~~Stadt- oder Gemeinderät*innen, geplant wird. Projekte, Schwerpunkte und Ausgaben für Kultur sollen gemeinsam ausgewählt werden. Zusätzlich soll daneben für die Kontrolle und Betreuung der Projekte Kulturbeiräte eingerichtet werden, in denen ein breites Spektrum von Einwohner*innen einer Stadt oder Gemeinde vertreten sind.

Begründung

Das gilt auch in der Stadt.

Ä11 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 201 bis 203:
werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Zuschüsse des Freistaats Bayern zu erhöhen und ~~kostenfreie~~alle Angebote ~~zu garantieren~~kostenfrei anzubieten.~~[Leerzeichen]~~Auch eventuell nötige Lernutensilien sollen gestellt werden. Angebote der Volkshochschule sollen sich

Begründung

Wenn nur bestimmte Angebote kostenfrei sein müssen, obliegt es nur dem Freistaat welche und wie viele es sind. Alle Bildungsangebote sollten kostenfrei zur Verfügung stehen.

Ä12 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 208 bis 216:
Zwecke, organisieren sich in Vereinen und prägen unsere Gesellschaft. Vereine sind der Motor der Zivilgesellschaft~~ auch vor Ort~~. Doch durch immer strengere Regeln, die Ausgaben bestimmten Kosten-Nutzen Kalküle aufzwingen, können Kommunen Vereine nicht mehr in der Art und Weiße fördern wie es für jeden Ort wünschenswert wäre. Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte dies ändern~~ wir~~. Wir fordern, dass die Kommunen ~~wieder stärker~~ aktiv ~~Vereinsförderung betreiben dürfen~~gemeinnützige Vereine fördern. Dazu wollen wir~~ das~~, dass die gewählten Entscheidungsträger*innen zusammen mit den Vereinen die kommunalen Fördermittel verteilen und deren Verwendung überprüfen~~ und Verschwendung und Veruntreuung verhindern~~.

Begründung

Teilweise redaktionell.

Die Gemeinnützigkeit der Vereine soll betont werden, denn Vereine müssen diesem Zweck nicht dienen.

Die Worte "Verschwendung" und "Veruntreuung" sind unnötig und stellen Vereine unter Generalverdacht.

Ä12modÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger / Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 211 bis 216:
Kommunen Vereine nicht mehr in der Art und Weiße fördern wie es für jeden Ort wünschenswert wäre. Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte dies ändern ~~wir fordern, dass die Kommunen wieder stärker aktiv Vereinsförderung betreiben dürfen. Dazu wollen wir das die gewählten Entscheidungsträger*innen zusammen mit den Vereinen die kommunalen Fördermittel verteilen und deren Verwendung überprüfen und Verschwendung und Veruntreuung verhindern.~~. Wir fordern, dass die Kommunen aktiv Vereine fördern. Dazu wollen wir, dass die gewählten Entscheidungsträger*innen zusammen mit den Vereinen die kommunalen Fördermittel verteilen.

Ä13 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 223 bis 228:
Die GRÜNE JUGEND Bayern ~~verfolgt, dass Grundwerte wie der Zugang zu Bildung jedem offenstehen. Deswegen fordern wir, dass Bücherreichen in jeder Gemeinde so ausgestaltet werden, dass jede*r Einwohner*in einen leichten Zugang auch ohne ein eigenes Auto hat. Sowie keinerlei Gebühren für die Ausleiehen der Bücher anfällt. Eventuelle Bestrebungen Büchereien aus der Verantwortung der Gemeinden~~fordert einen freien Zugang zu Bildung für alle. Deswegen fordern wir, mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbare Bibliotheken in jeder Komunne. Für das Ausleihen der Bücher dürfen dabei keine Gebühren anfallen. Eventuelle Bestrebungen Bibliotheken aus der Verantwortung der Kommunen zu stellen lehnen wir ab.

Begründung

Teilweise redaktionell.

"Bücherei" bezeichnet in der Regel einen Buchladen.

Ä13modÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger / Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 222 bis 228:
Die GRÜNE JUGEND Bayern

~~Die GRÜNE JUGEND Bayern verfolgt, dass Grundwerte wie der Zugang zu Bildung jedem offenstehen. Deswegen fordern wir, dass Bücherreichen in jeder Gemeinde so ausgestaltet werden, dass jede*r Einwohner*in einen leichten Zugang auch ohne ein eigenes Auto hat. Sowie keinerlei Gebühren für die Ausleihen der Bücher anfällt. Eventuelle Bestrebungen Büchereien aus der Verantwortung der Gemeinden zu stellen lehnen wir ab.~~

fordert einen freien Zugang zu Bildung für alle. Deswegen fordern wir, gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbare Bibliotheken in jeder Komunne. Zudem fordern wir mindestens eine mobile Versorgung mit Büchern für alle Ortsteile einer Kommune, gerade auf dem Land. Für das Ausleihen der Bücher dürfen dabei keine Gebühren anfallen. Eventuelle Bestrebungen Bibliotheken aus der Verantwortung der Kommunen lehnen wir ab.

Ä14 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 229 bis 235:
~~Jugendeinrichtungen sollen auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abgestimmt werden und die Vielfalt der dort Lebenden wiederspiegeln, oft reichen selbstverwaltete Infrastruktur die bereitgestellt wird als Treffpunkt aber auch betreute Jugendzentren sind für viele Jugendliche wichtige Anlaufstellen. Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte auch hier keinen Weg ausschließen, sondern die Jugendlichen in den Prozess der Organisation der Jugendarbeit mit einbeziehen oft sind mehrere Angebote sinnvoll um alle mitzunehmen.~~

Jugendeinrichtungen müssen auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abgestimmt werden und die Vielfalt der dort Lebenden wiederspiegeln. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordertselbstverwaltete Infrastrukturen, die als Treffpunkte bereitgestellt werden, aber auch betreute Jugendzentren. Die Jugendliche müssen dabei in den Prozess der Organisation mit einbezogen werden.

Begründung

Jugendzentren sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen gefordert werden.

Ä15 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 249 bis 252:
Die GRÜNE JUGEND fordert: Wenn die öffentliche Hand für die Renovierung ~~und~~oder Instandhaltung von Gebäuden und Plätzen aufkommt, ~~soll~~darf für diese Orte anschließend kein Eintrittsgelder verlangt werden~~ dürfen damit Einzelne nicht finanziell davon profitieren~~.

Begründung

Eintrittsgelder für Baustellen sind eher ungewöhnlich.

Ä15ModÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Landesvorstand, Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 250 bis 252:
~~Wenn~~Die GRÜNE JUGEND fordert, dass, wenn die öffentliche Hand für die Renovierung ~~und~~oder Instandhaltung von Gebäuden und Plätzen aufkommt, ~~soll~~darf für diese Orte anschließend kein Eintrittsgelder verlangt ~~werden dürfen damit Einzelne nicht finanziell davon profitieren.~~werde

Ä16 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Mariella Kessler

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:
Zusammenleben schafft. Deshalb ist Kultur für uns auch nichts, was in einem Elfenbeinturm stattfindet oder nur für die Oberschicht da ist.[Zeilenumbruch]
In identitären und rechten Diskursen wird immer wieder auf den Begriff der (Leit-)Kultur zurückgegriffen um eine "deutsche" Kultur im Gegensatz zu sogenannten “fremden" Kulturen zu imaginieren und als solche zu wahren. Hinter jenen Positionen steht eine ethnopluralistische Logik, die verschiedene Kulturen hierarchisiert und eine Vermischung dieser ablehnt. Doch auch in Diskussionen um “multikulti” und sogar in linken und antirassistischen Kontexten kommt es zum Rückgriff auf einen starren Kulturbegriff, welcher gekoppelt an Herkunft fungiert und Individuen feststehenden Kollektiven unterordnet. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich entschieden gegen die rechte und (neo-)rassistische Aufladung des Kulturbegriffs und jegliche Fragmente ethnopluralistischer Ideologie.Wir gehen von einem Kulturbegriff aus, der alle Gesellschaftsschichten einbezieht und auch

Begründung

Im bisherigen Antragstest fehlte eine klare Stellungnahme zu jenen problematischen Auffassungen.

Ä16modÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Mariella Kessler / Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:
Zusammenleben schafft. Deshalb ist Kultur für uns auch nichts, was in einem Elfenbeinturm stattfindet oder nur für die Oberschicht da ist.In identitären und rechten Diskursen wird immer wieder auf den Begriff der (Leit-)Kultur zurückgegriffen um eine "deutsche" Kultur im Gegensatz zu sogenannten "fremden" Kulturen zu imaginieren und als solche zu wahren. Hinter jenen Positionen steht eine sogenannte ethnopluralistische Logik, welche verschiedene Kulturen hierarchisiert und eine Reinhaltung dieser anstrebt. Doch auch in Diskussionen um "multikulti" und sogar in linken und antirassistischen Kontexten kommt es zum Rückgriff auf einen starren Kulturbegriff, welcher gekoppelt an Herkunft fungiert und Individuen feststehenden Kollektiven unterordnet. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich entschieden gegen die rechte und (neo-)rassistische Aufladung des Kulturbegriffs und jegliche Fragmente ethnopluralistischer Ideologie. Wir gehen von einem Kulturbegriff aus, der alle Gesellschaftsschichten einbezieht und auch

Ä17 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Mariella Kessler

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 105 bis 112:
Möglichkeiten finanzieller Unterstützung und die verschiedenen Kulturangebote vor Ort informiert. ~~Zudem müssen durch die Schule vielseitigere kulturelle Termine angeboten werden als ein gemeinsamer Besuch von Theater und Oper. Durch eine vielseitige Werbekampagne müssen Jugendliche auf die neuen Angebote des Kulturfonds aufmerksam gemacht werden. Ziel der bayerischen Kulturpolitik muss es sein, jungen Menschen einen vielseitigen Einblick auf die gesamte Kulturlandschaft und durch den Anreiz auch eine Teilnahme an deren Angebot zu ermöglichen - mit Kulturfonds und Freikarten.~~

Desweiteren sind Aktivitäten wie seltene und oft einseitige Besuche von Aufführungen in Theater und Oper nicht genug. Regelmäßige Exkursionen zu kulturellen Veranstaltungen und die gemeinsame Wahrnehmung von vielseitigen Kunst- und Kulturangeboten müssen Einzug in den Schulalltag finden.

Durch eine vielseitige Werbekampagne müssen Jugendliche auf die neuen Angebote des Kulturfonds aufmerksam gemacht werden. Ziel der bayerischen Kulturpolitik muss es sein, jungen Menschen einen vielseitigen Einblick auf die gesamte Kulturlandschaft und durch den Anreiz auch eine Teilnahme an deren Angebot zu ermöglichen - mit Kulturfonds und Freikarten.

Ä18 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Joao Neisinger

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 199 bis 206:
~~Volkshochschulen~~Anerkannte Träger der Erwachsenenbildung nach dem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (EbföG) bieten ein breites Angebot für ~~Weiterbildungsmaßnahmen in verschiedensten Bereichen~~Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der Menschen. Damit die Bildungsangebote für alle erschwinglich werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Zuschüsse des Freistaats Bayern zu erhöhen und kostenfreie Angebote zu garantieren. Auch eventuell nötige Lernutensilien sollen gestellt werden. Angebote der ~~Volkshochschule~~Erwachsenenbildung sollen sich dabei an den Interessen der Bürger*innen vor Ort orientieren und gemeinsam mit diesen festgelegt werden. Dazu bedarf es einer basisdemokratischen Veränderung der Organisation von ~~Volkshochschulen~~Trägern der Erwachsenenbildung . Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich explizit für eine pluralistische Aufstellung der Erwachsenenbildung aus.

Ä18modÜ Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Marlene Schönberger / Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 13.05.2017

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 199 bis 206:
~~Volkshochschulen bieten~~Erwachsenenbildung bietet ein breites Angebot für ~~Weiterbildungsmaßnahmen in verschiedensten Bereichen~~Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der Menschen. Damit die Bildungsangebote für alle erschwinglich werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Zuschüsse des Freistaats Bayern zu erhöhen und kostenfreie Angebote zu garantieren. Auch eventuell nötige Lernutensilien sollen gestellt werden. Angebote der ~~Volkshochschule~~Erwachsenenbildung sollen sich dabei an den Interessen der Bürger*innen vor Ort orientieren und gemeinsam mit diesen festgelegt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Altersgruppen und Gesellschaftsgruppen vertreten sind. Dazu bedarf es einer basisdemokratischen Veränderung der Organisation von ~~Volkshochschulen~~Erwachsenenbildung. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich explizit für ein pluralistisches Angebot der Erwachsenenbildung aus.

Ä19 Junggrüne Kulturpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner

Änderungsantrag zu MK2

Von Zeile 284 bis 289:
~~Auch im Strafgesetzbuch lassen sich Sonderregelungen für Ordnungswidrigkeiten finden. Hierfür gibt es einen separaten Paragraphen §166 für "Beschimpfungen von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen". Die GRÜNE JUGEND Bayern sieht nicht die separate Stellung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen und fordert daher eine gleiche Gesetzgebung für jede Art von Beschimpfungen und Beleidigungen.~~

Die ungerechtfertige Bevorzugung der Kirchen durch den §166 StGB "Beschimpfungen von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen" wollen wir aufheben, weil den Kirchen eine rechtlichen Sonderstellung gewährt wird. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich stattdessen für das Recht auf Kirchenkritik und gleichzeitig für freie und vielfältige Religionsausübung ein.

Ä1 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 32 bis 35:
Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen auf ~~Intoleranz~~Menschenverachtung beruhendem Hass verbreiten, dazu anstiften, sie fördern oder rechtfertigen; einschließlich von ~~Intoleranz~~Menschenverachtung, die sich in aggressivem Nationalismus und Ethnozentrismus, der Diskriminierung und Feindseligkeit

Begründung

Der Begriff Menschenverachtung passt hier meiner Ansicht deutlich besser als der Begriff Intoleranz. Während Menschenverachtung in keinem Fall legitim sein kann, ist Intoleranz - zum Beispiel gegenüber Menschenverachtung - in manchen Fällen legitim. Deswegen sollte der Begriff kein Oberbegriff für die aufgeführten menschenverachtenden Verhaltensweisen sein.

Ä2 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 37 bis 38 löschen:
äußert. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich klar gegen die Verbreitung von Hatespeech. ~~Wir setzen uns für mehr Liebe statt Hatespeech ein.~~

Ä2modÜ Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:
äußert. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich klar gegen die Verbreitung von Hatespeech. Wir setzen uns für mehr Liebe statt Hatespeech ein - durch gegenseitige Unterstützung und solidarische Beiträge im Netz können wir Hass und Hetze entgegentreten.

Ä3 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 41 bis 45:
muss hierbei gewahrt werden, aber bei der Verletzung gültigen Rechts Beiträge gelöscht werden. ~~Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass Betreiber*innen von sozialen Netzwerken genügend Mitarbeiter*innen einstellen, um gemeldete Kommentare schnellstmöglich zu bearbeiten und eventuell löschen zu können, falls sie strafrechtlich relevant sind.~~

Außerdem muss es Gerichten möglich sein, Soziale Netzwerke zur Löschung von rechtwidrigen Beiträgen und zum Schutz von Persönlichkeitsrechten zu verpflichten. Gerade letzteres war dem Landgericht Würzburg im Fall Anas Modamani, dessen Bild von rechten Hetzer*innen missbraucht wurde, nach geltender Rechtslage nicht möglich. Zudem müssen die Betreiber*innen der Profile und Seiten, auf denen Dritte Hasskommentare posten, haftbar gemacht werden, wenn sie sich mittel- oder unmittelbar an der Verbreitung dieser Hasskommentare beteiligen. Die Seiten- und Profilbetreiber*innen besitzen, wie auch die sozialen Netzwerke selbst, die Verantwortung, sich nicht zum Vehikel für Volksverhetzung machen zu lassen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Betreiber*innen sozialer Netzwerke auf, genug Mitarbeiter*innen einzustellen, um gegen Hasskommentare tätig werden zu können. Die Verfolgung der Verfasser*innen von Hasskommentaren sollte insgesamt dennoch in den Händen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz liegen und nicht in wenig transparenter Weise komplett an die Betreiber*innen sozialer Netzwerke ausgelagert werden. Die Bildung einer Art Privatjustiz innerhalb der sozialen Netzwerke lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab.

Begründung

Die Entstehung einer Art Privatjustiz innerhalb der sozialen Netzwerke zur Löschung strafrechtlich relevanter Inhalte ist problematisch. Zwar müssen soziale Netzwerke (und insbesondere auch die Betreiber*innen von z.B. Like-Seiten, auf denen Hasskommentare gepostet werden; so könnte man endlich mal die ganzen AfD-Seiten dran kriegen) haftbar gemacht werden können, wenn sie gegen die Verbreitung von strafrechtlich relevanten Inhalten auf ihren Websites nichts tun. Und zum Vorgehen dagegen zählt auch Löschung. Aber die Verfolgung von Hasskommentaren darf auf keinen Fall an die sozialen Netzwerke gewissermaßen "ausgelagert" werden, sondern Polizei und Staatsanwaltschaften müssen endlich mehr gegen die Netz-Nazis tun und sich nicht darauf ausruhen, dass die sozialen Netzwerke ja was machen.

Außerdem müssen die sozialen Netzwerke durch Gerichte zum Schutz von Persönlichkeitsrechten verpflichtet werden können. Der Fall Anas Modamani hat hier Gesetzlücken aufgezeigt.

Durch meinen Änderungsantrag möchte ich diese beiden Punkte auch im Antrag herausstellen.

Ä4 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:
Einreichung von Anzeigen einrichten. In sozialen Netzwerken muss zudem Opferschutz verbessert werden und Opferberatungsstellen eingerichtet werden.Dies ist insbesondere im Hinblick auf das gezielte Stalking gegen einzelne Personen, das vor allem auf der Plattform Twitter betrieben wird, notwendig. Wichtig ist dabei auch, dass Daten von Menschen, die rechtsextreme Straftaten anzeigen, keinesfalls in die Hände von Nazi-Anwält*innen gelangen dürfen. Racheaktionen der rechten Szene sind sonst vorprogrammiert und Opfer rechter Straftaten werden gehemmt, diese auch zur Anzeige zu bringen.

Von Zeile 62 bis 65 löschen:
Straftaten und Straftaten in sozialen Netzwerken. Der massive Anstieg an Straftaten in diesem Bereich erfordert die Schaffung von Stellen. ~~Daten von Anzeiger*innen rechtsextremer Straftaten müssen geheim bleiben und dürfen nicht den Nazi-Anwält*innen zur Verfügung gestellt werden.~~

Begründung

Der Punkt zur Nichtweitergabe von Daten an Nazis ist meiner Meinung nach beim Bereich Opferschutz besser aufgehoben. Zudem habe ich eine Zeile zu Stalking in sozialen Netzwerken ergänzt, da sich insbesondere auf Twitter immer wieder Menschen zusammen tun, um einzelne zu stalken. Strafrechtliches Vorgehen dagegen ist oft schwierig und eine Opferberatung enorm wichtig.

Ä4modÜ Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:
Einreichung von Anzeigen einrichten. In sozialen Netzwerken muss zudem Opferschutz verbessert werden und Opferberatungsstellen eingerichtet werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf das gezielte Stalking gegen einzelne Personen notwendig. Wichtig ist dabei auch, dass Daten von Menschen, die rechtsextreme Straftaten anzeigen, keinesfalls in die Hände von Nazi-Anwält*innen gelangen dürfen. Racheaktionen der rechten Szene sind sonst vorprogrammiert und Opfer rechter Straftaten werden gehemmt, diese auch zur Anzeige zu bringen.

Von Zeile 62 bis 65 löschen:
Straftaten und Straftaten in sozialen Netzwerken. Der massive Anstieg an Straftaten in diesem Bereich erfordert die Schaffung von Stellen. ~~Daten von Anzeiger*innen rechtsextremer Straftaten müssen geheim bleiben und dürfen nicht den Nazi-Anwält*innen zur Verfügung gestellt werden.~~

Ä5 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Sebastian Hansen

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 54 bis 60:
~~Wir finden es wichtig, dass Privatpersonen Beiträge, die Hetze und Hass enthalten melden und anzeigen, um so Hasskriminalität entgegenzuwirken. Doch auch die Staatsanwaltschaft muss proaktiver Rechtsverstöße im Internet verfolgen.~~

~~Des Weiteren~~Wir finden es wichtig, dass Privatpersonen Beiträge, die Hetze und Hass enthalten melden und anzeigen, um so Hasskriminalität entgegenzuwirken. Doch auch die Staatsanwaltschaft muss proaktiver Rechtsverstöße im Internet verfolgen. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Staatsanwaltschaft und Polizei auch bei Offizialdelikten im Internet selbstständig tätig werden und Posts und Beiträge in Sozialen Medien und Foren aufmerksam beobachten. Darüber hinaus

Begründung

Deswegen passt meiner Meinung nach besser als des Weiteren.

Außerdem ist es notwendig, dass Polizei und Staatsanwaltschaft wirklich auch selbstständig tätig wird. Dies ist zwar eigentlich im Begriff Offizialdelikt impliziert, aber zur verbesserten Sichtbarkeit der Forderung würde ich es gern auch noch mal explizit im Antrag stehen haben.

Ä6 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Joel Keilhauer

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 96 bis 98 löschen:
Wir fordern, dass Unternehmen jährlich allen Menschen, von denen sie Daten besitzen, auf Wunsch elektronisch ~~bzw. schriftlich~~ mitteilen, über welche Daten sie verfügen und abfragen, ob die jeweilige Person die Löschung ihrer Daten

Begründung

Um Gottes Willen. Denkt denn niemand an die Umwelt?!

Ä6modÜ Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Joel Keilhauer

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 96 bis 98:
Wir fordern, dass Unternehmen jährlich allen Menschen, von denen sie Daten besitzen, auf Wunsch elektronisch ~~bzw. schriftlich~~oder in Textform mitteilen, über welche Daten sie verfügen und abfragen, ob die jeweilige Person die Löschung ihrer Daten

Ä7 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Jonas Kobinger, Ludwig Felder

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 98 bis 99 einfügen:
sie verfügen und abfragen, ob die jeweilige Person die Löschung ihrer Daten wünscht.

Sicherheitslücken gehören Geschlossen!

Immer wieder kommt es zu Leaks von sogenannten Hacking Werkzeugen verschiedener Geheimdienste. Bei diesen Hacking Werkzeugen handelt es sich meist um gesammelte Sicherheitslücken, die dann für Staatstrojaner und die Infiltration von IT-Systemen genutzt werden. Niemand kann garantieren, dass diese Schwachstellen nicht irgendwann bekannt gemacht werden und für kriminelle Zwecke genutzt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass staatliche Stellen Sicherheitslücken schließen und nicht missbrauchen. Für die Verfolgung Einzelner darf nicht die Datensicherheit Vieler in Gefahr gebracht werden. Software wird immer Schwachstellen haben, umso wichtiger ist es, dass jede bekannte Sicherheitslücke geschlossen wird. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern eine Meldepflicht für Sicherheitslücken.

Um sicher zu stellen das Sicherheitslücken zuverlässig geschlossen werden, müssen auch die Hersteller*innen in die Pflicht genommen werden. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern das Unternehmen die Produkte mit Software vertreiben, dazu verpflichtet werden, die Produkte so zu entwickeln das diese Updates erhalten können und das diese weithin für ihre Produkte zur Verfügung zu stehen, um die ihnen bekannten Sicherheitslücken in möglichst kurzer Zeit zu schließen.

Die meisten Nutzer*innen haben keine Möglichkeit Sicherheitslücken selbst zu schließen sowie keine Möglichkeit zu überprüfen wie gut ihr Gerät geschützt ist. Deshalb müssen die Hersteller*innen für Schäden die durch ungepatchte Lücken entstehen haften. Nur so werden Anreize für Unternehmen geschaffen, ihre Produkte möglichst sicher auf den Markt zu bringen.

Ä7modÜ Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Ludwig Felder, Jonas Kobinger

Änderungsantrag zu MK3

Nach Zeile 99 einfügen:
Sicherheitslücken gehören Geschlossen!

Immer wieder kommt es zu Leaks von sogenannten Hacking Werkzeugen verschiedener Geheimdienste. Bei diesen Hacking Werkzeugen handelt es sich meist um gesammelte Sicherheitslücken, die dann für Staatstrojaner und die Infiltration von IT-Systemen genutzt werden. Niemand kann garantieren, dass diese Schwachstellen nicht irgendwann bekannt gemacht werden und für kriminelle Zwecke genutzt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass staatliche Stellen Sicherheitslücken schließen und nicht missbrauchen. Für die Verfolgung Einzelner darf nicht die Datensicherheit Vieler in Gefahr gebracht werden. Software wird immer Schwachstellen haben, umso wichtiger ist es, dass jede bekannte Sicherheitslücke geschlossen wird. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern eine Meldepflicht für Sicherheitslücken.

Um sicher zu stellen, dass Sicherheitslücken zuverlässig geschlossen werden, müssen auch die Hersteller*innen in die Pflicht genommen werden. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Unternehmen, die Produkte mit Software vertreiben, dazu verpflichtet werden, die Produkte so zu entwickeln, dass diese Updates erhalten können. Neue Updates müssen kostenlos für die Produkte zur Verfügung stehen, um bekannten Sicherheitslücken in möglichst kurzer Zeit zu schließen.

Die meisten Nutzer*innen haben keine Möglichkeit Sicherheitslücken selbst zu schließen sowie keine Möglichkeit zu überprüfen wie gut ihr Gerät geschützt ist. Deshalb müssen die Hersteller*innen für Schäden die durch ungepatchte Lücken entstehen haften. Nur so werden Anreize für Unternehmen geschaffen, ihre Produkte möglichst sicher auf den Markt zu bringen.

Ä8 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Sebastian Hansen, Marlene Schönberger

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 58 bis 61 löschen:
Des Weiteren fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Staatsanwaltschaft und Polizei auch bei Offizialdelikten im Internet tätig werden ~~und Posts und Beiträge in Sozialen Medien und Foren aufmerksam beobachten~~. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für IT-

Begründung

Die Formulierung, dass die Staatsanwaltschaft bei Straftaten selbstständig tätig werden sollte, reicht aus unserer Sicht aus. Die Forderung einer aufmerksamen Beobachtung von Foren klingt gefährlich nach Überwachungsstaat und sollte aus unserer Sicht nicht im Antrag stehen.

Ä9 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Antragsteller*in: Maria Gößmann, Georg Kurz

Änderungsantrag zu MK3

Von Zeile 21 bis 23 einfügen:
landeseigene Dachflächen zur Vernetzung von Freifunkknoten zur Verfügung gestellt werden und die Kosten für Betriebsstrom übernommen werden. Insbesondere im Öffentlichen Nah- und Fernverkehr setzen wir uns für die Einrichtung von Freifunk-Knoten ein. Da schnellstmöglich landesweit zahlreiche weitere Hotspots hinzukommen sollen,

Ä1 Änderung der Finanzordnung der GRÜNEN JUGEND Bayern

Antragsteller*in: Sebastian Streb

Änderungsantrag zu SÄ1

Von Zeile 9 bis 10 löschen:
50 % des regulären Bahnpreises der 2. Klasse und Zuschläge~~,~~ werden voll erstattet.

Begründung

Weitergegebene Weisheit vieler Deutschlehrer*innen!

Ä1 Wahlkampf 2018: Wir planen den Wechsel!

Antragsteller*in: Sebastian Streb

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 27 bis 32:
~~Die GRÜNE JUGEND Bayern vergibt keine eigenen Voten für die Landtagswahl 2018. Stattdessen sollen bis zu zwei quotierte Voten auf den jeweiligen Bezirksversammlungen der einzelnen GRÜNE JUGEND Bezirksverbände vergeben werden, da auch die Aufstellung der Kandidierenden in den Bezirken geschieht. Bei der Suche nach geeigneten Personen wird der Landesverband die Bezirke unterstützen.~~Auf den jeweiligen Bezirksversammlungen der einzelnen GRÜNE JUGEND Bezirksverbände sollen bis zu zwei quotierte Voten für die Landtagswahl 2018 vergeben werden, da auch die Aufstellung der Kandidierenden in den Bezirken geschieht. Die GRÜNE JUGEND Bayern unterstützt alle Votenträger*innen in ihrem Wahlkampf und hilft den Bezirken als Landesverband im Voraus bei der Suche nach geeigneten Personen. Es ist unser gemeinsames Ziel, so viele GRÜNE JUGEND Personen wie möglich in

Ä2 Wahlkampf 2018: Wir planen den Wechsel!

Antragsteller*in: Joel Keilhauer, Jonas Kobinger, Anne Steuernagel, Emma Richert, Karolin Borcherding, Ludiwg Felder

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 27 bis 31:
Die GRÜNE JUGEND Bayern vergibt ~~keine eigenen Voten für die Landtagswahl 2018. Stattdessen sollen bis zu zwei quotierte Voten auf den jeweiligen Bezirksversammlungen der einzelnen GRÜNE JUGEND Bezirksverbände vergeben werden, da auch die Aufstellung der Kandidierenden in den Bezirken geschieht.~~bis zu zwei quotierte Voten für die Landtagswahl 2018. Wir untertützen zudem alle Votenträger*innen auf Bezirksebene. Bei der Suche nach geeigneten Personen wird der Landesverband die Bezirke unterstützen.

Begründung

Es ist anstrebenswert, viele GRÜNE JUGEND-Kandiderende in die Parlamente zu bringen. Deshalb wollen wir alle Votenträger*innen auf Bezirksebene untersützen. Die Erfahrungen der letzten Wahlen haben aber gezeigt, dass es unrealistisch ist, dass die GRÜNE JUGEND Bayern es schafft, sechs bzw. sogar zwölf Votenträger*innen (bei zwei Voten pro Bezirk) in den Landtag zu bringen. Zumal es vor allem in strukturschwächeren Bezirken auch ein Problem darstellen kann zwei Kandidat*innen zu finden, die eine Kandidatur für den Landtag anstreben und geeignete Kandidat*innen darstellen. Deshalb erachten wir es für sinnvoller, eine Vertretung der GRÜNEN JUGEND im Landtag erstmal durch zwei aussichtsreiche Votenträger*innen anzustreben, die dafür eine deutlich größere Wahrscheinlichkeit haben, in den Landtag einzuziehen. Auch für den inhaltlichen Wahlkampf der GJ auf Landesebene ist es wichtig, dass wir für ganz Bayern Kandidat*innen haben, hinter die wir uns inhaltlich stellen können, anstatt einen rein inhaltlichen Wahlkampf auf Landesebene zu führen und keine konkrete Kandidierenden zu unterstützen und dafür Listenkandidierende, die keine GRÜNE JUGEND-Positionen mittragen.

Wir wollen einen bayernweiten Wahlkampf führen und dafür brauchen bayernweite Kandiderende. Diese wollen wir nach außen präsenteieren, sollen uns aber auch nach innen, in die Partei repräsentieren.

Natürlich ist uns bewusst, dass die Listen für die Landtagswahl auf Bezirksebene aufgestellt werden. Trotz allem sind wir ein landesweiter Verband und müssen uns auch als solcher aufstellen.

Ä2modÜ Wahlkampf 2018: Wir planen den Wechsel!

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Joel Keilhauer, Jonas Kobinger, Anne Steuernagel, Emma Richert, Karolin Borcherding, Ludiwg Felder

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 29 bis 31 einfügen:
Bezirksversammlungen der einzelnen GRÜNE JUGEND Bezirksverbände vergeben werden, da auch die Aufstellung der Kandidierenden in den Bezirken geschieht. Zusätzlich werden wir auf dem ordentlichen ersten Landesjugendkongress 2018 bis zu zwei quotierte Voten für die Landtagswahl vergeben.Bei der Suche nach geeigneten Personen wird der Landesverband die Bezirke unterstützen.

Ä1 Menschengerechte statt autogerechte Stadt - Schadstoffbelastung reduzieren!

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 96 bis 98 löschen:
~~Auf Grund des Überangebots von Emissionszertifikaten fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Reform des SCEQE; die Europäische Union muss einen Minimumpreis von 25 Euro je Lizenz zum Ausstoß von einer Tonne Kohlenstoffdioxid einführen.~~

Begründung

Der Emissionsrechtehandel wird zu den marktwirtschaftlichen Instrumenten der Umweltpolitik gezählt. Die Grundidee ist es, dem Klimagas CO2 einen Wert zu geben. Dazu wird eine Höchstmenge an CO2, das im Regulierungsgebiet ausgestoßen werden darf, festgelegt und eine bestimmte Anzahl an Zertifikaten an die CO2-ausstoßenden Unternehmen verteilt. Die Festsetzung einer Preisuntergrenze trägt nur in sehr geringem Maß dazu bei, das gewünschte Ergebnis einer Einsparung von CO2 durch Kostenvorteile zu erreichen. Wirksame Maßnahmen, die zu einer Reduzierung des des CO2-Ausstoße führen, sind dagegen die Reduzierung der CO2-Höchstmenge und der Zertifikate.

Da es sich bei CO2 nicht um einen Schadstoff handelt, der dem Menschen direkt zusetzt, der Antrag aber in erster Linie diesen Bereich der Verkehrspolitik behandelt, schlagen wir vor den CO2-Zertifikatehandel nicht zu thematisieren.

Ä1 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 4 bis 6:
Mobilität ist ein zentraler Pfeiler einer Teilhabe ermöglichenden Entwicklung der Gesellschaft. Insbesondere junge Menschen und Menschen in ~~Bildung und~~Schule, Studium, Ausbildung bedürfen eines leistungsfähigen und bezahlbaren öffentlichen

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä1modÜ Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Marcel Rohrlack

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 4 bis 6:
Mobilität ist ein zentraler Pfeiler einer Teilhabe ermöglichenden Entwicklung der Gesellschaft. Insbesondere junge Menschen und Menschen in ~~Bildung~~Schule, Studium, und Ausbildung bedürfen eines leistungsfähigen und bezahlbaren öffentlichen

Ä2 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 8 bis 12:
Das neue Schülerticket in Hessen zeigt: ~~Mobilität für einen Euro am Tag für junge Menschen ist auch in einem Flächenland möglich! Wir setzten uns dafür ein, dass alle jungen Menschen in Bildung und Ausbildung Zugang zu einem landesweit im Regional- und Nahverkehr gültigen Ticket für einen Euro am Tag oder weniger erhalten.~~Die Koordination der einzelen Vehrkersverbünde und die Verteilung von Zuschüssen ist auch in einem Flächenland möglich!

Wir setzten uns dafür ein, dass alle jungen Menschen in Schule, Studium, Ausbildung oder unter 28 Jahren kostenlos ein landesweit gültiges Ticket für den Regional- und Nahverkehr erhalten.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä3 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 22 bis 24:
Entwicklung zur Selbständigkeit des Kindes und der Umwelt – tut dies aber häufig, weil öffentliche Verkehrsmittel aufgrund eines unzureichenden Taktes und dünnem Stationsnetz keine ~~funktional äquivalente~~praktikable Alternative darstellen. Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, den Menschen ihre Lebensweise

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä4 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 27 bis 30:
leistungsfähig und bezahlbar sein, dass er die attraktivere Alternative darstellt. Ein ~~bezahlbarer landesweiter Jugendtarif~~kostenloses Ticket für junge Menschen schafft ein attraktives Angebot ~~für junge Menschen~~, stärkt den ländlichen Raum und bindet Nutzer*innen häufig über Jahrzehnte: Wer früh lernt, öffentlich voranzukommen, behält diese

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä5 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 33 bis 34:
~~Unsere Anforderung an einen Jugendtarif in Bayern ist, dass er verständlich, preiswert und gerecht ist.~~

Unsere Anforderungen an ein Jugendticket ist, dass es kostenlos, gerecht und verständlich ist.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä6 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 45 bis 47:
abhängen. Statt bei Millionen Schüler*innen jedes Jahr auf den Meter genau den Weg zur Schule zu berechnen, sollen Schüler*innen grundsätzlich ein kostenloses Ticket ~~erstattet~~ bekommen.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä7 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 48 bis 55 löschen:
~~Wir wollen die Erstattungsgrundlage für den Ausbildungsverkehr, die in §45a Personenbeförderungsgesetz geregelt ist, flexibler ausführen lassen oder durch eine vom Bundesgesetz abweichende Landesgesetzgebung reformieren. In einem bedarfsorientierten Prozess muss hier die beste Lösung gefunden werden, die es ermöglicht, den Jugend- und Ausbildungsverkehr landesweit flexibler zu gestalten. Die Ausgleichszahlungen an die Verkehrsunternehmen müssen erhöht werden, um jungen Menschen preiswertere Mobilität zu ermöglichen.~~ Die aktuelle Regelung geht an der Lebensrealität junger Menschen vorbei: Es ist weltfremd,

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä8 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 58 bis 59:
Wir fordern ein Jugendticket für alle jungen Menschen in ~~Bildung und Ausbildung~~Schule, Studium, Ausbildung oder unter 28 Jahren, das bayernweit im Regional- und Nahverkehr gültig ist und höchstens einen Euro

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä9 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 58 bis 61:
Wir fordern ein Jugendticket für alle jungen Menschen in Bildung und Ausbildung, das bayernweit im Regional- und Nahverkehr gültig ist und ~~höchstens einen Euro am Tag kostet~~kostenlos jeder Person zur Verfügung gestellt wird. Die Gewinnausfälle der Verkehrsbetriebe sollen vom Freistaat auf Grundlage einer realistischen und bedarfsgerechten Kostenkalkulation erstattet

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä10 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 59 bis 63:
das bayernweit im Regional- und Nahverkehr gültig ist und höchstens einen Euro am Tag kostet. ~~Die Gewinnausfälle der Verkehrsbetriebe sollen vom Freistaat auf Grundlage einer realistischen und bedarfsgerechten Kostenkalkulation erstattet werden. Bei Personen unter 19 Jahren soll die Bestätigung eines Bildung- oder Ausbildungsverhältnisses entfallen.~~Wir wollen zusammen mit den Verkehrsbetrieben und -verbünden eine Verteilung der Zuschüsse zum Öffentlichen Personennahverkehrs koordinieren, die einen starken und gut ausfinanzierten ÖPNV sicherstellt.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä11 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 65 bis 66:
1. die Einführung eines ~~kostengünstigen~~kostenlosen, landesweiten Jugendtickets für alle jungen Menschen in Bildung und Ausbildung. Diese Forderung soll Teil des

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä12 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 65 bis 67:
1. die Einführung eines kostengünstigen, landesweiten Jugendtickets für alle jungen Menschen in ~~Bildung und Ausbildung~~Schule, Studium, Ausbildung oder unter 28 Jahren. Diese Forderung soll Teil des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2018 sein. Der

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä13 Junge Menschen bewegen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 07.05.2017

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 69 bis 75:
~~2. die deutliche Erhöhung des Landeszuschusses (Ausgleichszahlungen) für den Ausbildungsverkehr im Rahmen des § 45a Personenbeförderungsgesetztes im Doppelhaushalt 2019/2020.~~

~~3. den Anspruch auf Erstattung der Schulwegkosten bei eigener Wahl der Schule nicht verfallen zu lassen.~~

~~4. eine Reform der Ausgleichsmechanismen. Wir wollen durch Pauschalierung der Zahlungen unnötige Bürokratie abbauen und attraktive Angebote ermöglichen.~~

2. eine gute Ausfinanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

3. Langfristig fordern wir einen kostenlosen Personennahverkehr bayernweit für alle Menschen.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte eine Mobilität, die für alle jungen Menschen, egal aus welcher sozialen Struktur, zur Verfügung steht. Schon in unseren Beschlüssen vom Landesjugendkongress in Regensburg 2014 und dem Landesrat in Treuchtlingen 2016 fordern wir klar den kostenlosen ÖPNV für junge Menschen. Auch im Landtagswahlprogramm 2013 steht der kostenlose ÖPNV für Menschen unter 18 Jahren als Forderung.

Wir wollen auch bei der Erstellung des Wahlprogramms unsere Forderungen eines kostenlosen Personennahverkehrs für junge Menschen durchsetzen, dies aber für eine breitere Personengruppe. Langfristig wollen wir den kostenlosen Personennahverkehr für alle Menschen erreichen, um eine wirkliche flexible und erfahrbare Mobilität für jede*n zu ermöglichen.

Ä1 Für eine echte politische Jugendpartizipation - Jugendparlamente für Bayern!

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner

Änderungsantrag zu V6

Von Zeile 33 bis 38:
Jugendparlamente erhalten junge Menschen eine viel nähere Erfahrung mit parlamentarischer Arbeit. ~~Das sorgt zum einen dafür, dass das Interesse von Jugendlichen in den Kommunen eine Stimme hat und sich die Jugendlichen ernst genommen fühlen und dadurch zum anderen dafür, dass sie später nach der Volljährigkeit dazu bereit sind, sich in den kommunalen Parlamenten über Parteien einzubringen.~~Das sorgt dafür, dass das Interesse von Jugendlichen in den Kommunen eine Stimme hat und sich die Jugendlichen ernst genommen fühlen .Um die Verjüngungskur der Kommunalparlamnete auch rechtlich zu ermöglichen, setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern auch für eine Absenkung des passiven Wahlrechts ein.Wir sind uns bewusst,dass damit einhergehend Anpassungen etwa am Jugendschutzgesetz notwendig werden. Diese wollen wir kritisch begleiten.

Ä1 *vertagt* Impfungen für alle und zwar umsonst!

Antragsteller*in: Joel Keilhauer

Titel

Ändern in:
Impfungen für alle und zwar umsonst!

Änderungsantrag zu V7

Von Zeile 1 bis 4:
~~Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben sich gegen alle gängigen Krankheiten kostenlos impfen zu lassen. Zudem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Impfpflicht für alle Kinder, die Kindertagesstätten und Schulen besuchen. Außerdem unterstützen wir Forderungen nach einer Impfpflicht für Kleinkinder.~~

Das von der WHO gesetzte Ziel bis 2015 die Masern in Europa auszurotten ist gescheitert. Statt einen Rückgang der Erkrankungen gibt es einen Anstieg. Vor allem die Ballungsräume sind von einem Anstieg der potentiell tödlich endenden Krankheit betroffen.

Krankheiten wie die Masern wären längst keine Gefahr mehr, wenn sich alle Menschen dagegen impfen ließen.

Impfkritik kann tödlich sein!

Eltern verweigern häufig Impfungen an sich und ihren Kindern aus esoterischen, verschwörungstheoretischen oder pseudowissenschaftlichen Gründen.

Um Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung abzubauen, muss die Aufklärung über den wissenschaftlichen Stand der Nutzen und Risiken von Impfungen verstärkt werden. Allein durch Aufklärung wird allerdings keine hinreichend hohe Impfquote erreicht werden können, da viele Impfgegner*innen an längst widerlegte unwissenschaftliche Studien glauben, wie etwa, dass Impfungen Autismus verursachten, oder der falschen Überzeugung sind, dass Impfungen nicht notwendig seien und nur der Pharmaindustrie nützten.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Impfpflicht vor dem Eintritt in Kita oder Schule. Wir unterstützen daher die Forderung der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte. Bei einer solchen Pflicht muss selbstverständlich Rücksicht auf medizinische Unverträglichkeiten genommen werden. Eine Impfpflicht stellt natürlich einen Einschnitt in das Selbstbestimmungsrecht der Eltern dar. Da aber auf der anderen Seite eine Nicht-Impfung die Gesundheit sowohl der eigenen Kinder, als auch die Gesundheit derjenigen Personen, die nicht geimpft werden können, gefährdet, ist eine solche Maßnahme in der Abwägung gerechtfertigt.

Impfkritik schadet Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung!

Impfgegner*innen behindern die Ausrottung vieler schwerer Infektionskrankheiten: Sie gefährden nicht nur die Gesundheit ihrer eigenen Kinder, sondern auch die von Säuglingen und von Menschen, die etwa aufgrund von Unverträglichkeiten nicht geimpft werden können. Um auch diese vor Krankheiten, wie etwa den Masern, zu schützen, ist eine sogenannte Herdenimmunität notwendig. Dies bedeutet, dass bei einer ausreichend hohen Impfquote ein Schutz für alle Menschen erreicht werden kann.

Wenn Sie nicht impfen, schaden Sie Ihren Kindern, Ihrer Familie, Ihren Freunden

Die Ständige Impfkommission, die heute unter Anderem Standardimpfungen empfiehlt, soll diejenigen Krankheiten erarbeiten, bei denen aufgrund einer zu geringen Impfquote eine Impfpflicht geboten ist. Um eine solche Maßnahme auch effektiv umzusetzen, könnten im Falle einer nicht-vollständigen Immunisierung des Kindes Geldstrafen erfolgen.

Ein Vorbild hierfür bietet die Pockenimpfung, die bis 1975 auch in Deutschland verbindlich war und dank derer die Pocken weltweit ausgerottet werden konnten. In vielen Ländern existiert heute eine Impfpflicht, was zu einem deutlichen Anstieg der Impfquoten geführt hat: In Australien konnte die Rate von 75% auf 94% erhöht werden, indem die Auszahlung staatlicher Leistungen von der Impfung der Kinder abhängig gemacht wurde.

Wir fodern zudem eine Kostenfreiheit von allen in Europa gängigen Schutzimpfungen.